



DER FREIHEITS-KÄMPFER

Organ der Kämpfer
für
Österreichs Freiheit

44. Jahrgang, Nr. 1 März 1992

Medien, Legislative und Exekutive haben in letzter Zeit bemerkenswerte Maßnahmen gegen die Neonazis gesetzt. Gut so!

Doch noch besser ist der ständige Kampf, um die Herzen unserer Ju-

**Die sich
nicht beugen
ließen...**

gend für Österreich zu gewinnen! Als Zeitzeugen und geduldige Diskussionspartner haben Freiheitskämpfer hier ihre besondere Aufgabe. Wir ließen uns vom NS-Terror nicht beugen und wir beugen uns auch nicht vor der erschreckenden Gleichgültigkeit der Gegenwart.

Unser Opfergedenken in diesen Märztagen erhält erst dann den rechten Sinn, wenn wir das Vermächtnis der Märtyrer für Österreichs Jugend bewahren!

Vermächtnis der Opfer für unsere Jugend wahren!



Heiligenstein bei Weyer, Oö. – Osterwanderung

Foto: ÖFVW Archiv

Das Ergebnis der Wahlen in den Bundesländern im heurigen Jahr, zuletzt in Wien, wo es den Freiheitlichen gelungen ist, die ÖVP wie vorher in Kärnten, an den dritten Platz zu verweisen – in Kärnten als Grenzland waren die Nationalen immer verhältnismäßig stark – waren für beide Regierungsparteien mehr als enttäuschend. Nicht nur die ÖVP, auch die Sozialisten, haben schwere Einbrüche erlitten, wie Bundeskanzler

Dr. Wranitzky am Abend des 10. 11. 1991 nach der Wahl in Wien festgestellt hat. Die stärksten Einbrüche hat die

Menetekel

FPÖ in Wien gerade in den traditionellen Arbeiterbezirken erzielt, dies führt der sozialdemokratische Wiener Vizebürgermeister Mayr auf die vor allem unter den Arbeitern Ängste und Emotionen auslösende auslän-

derfeindliche Propaganda der FPÖ zurück.

In Wien ist es auch der zweiten Oppositionspartei, den Grünen, gelungen, auf Anhieb sieben Mandate zu erreichen. Auch ihre Propaganda, hauptsächlich den Umweltschutz betreffend, enthält Forderungen, die sie wohl kaum verwirklichen können, können sie an die Regierung. Ihre Wahlpropaganda war populistisch, wenn auch nicht so kräftig wie die der FPÖ. (Schluß auf S. 2)

Bundesobmann
Dr. Hubert Jurassek:

Von Kamerad zu Kamerad

Am 26. April 1992 ist das Volk von Österreich wieder aufgerufen, den Bundespräsidenten, unser Staatsoberhaupt und höchsten Repräsentanten, zu wählen. Zu entscheiden, wer Bundespräsident in Österreich werden soll, ist einzig und allein Angelegenheit des souveränen österreichischen Volkes. Jede Einmischung von außen, gleich welcher Art, ist eine Beschneidung der österreichischen Souveränität, daher für uns und unsere Heimat schädigend und entwürdigend.

Für das Amt des Bundespräsidenten sind nur integre, sich voll zu Österreich bekennende Persönlichkeiten geeignet. Jede Herab-



listen deklariert. Der Kandidat der Grünen ist für uns noch weniger wählbar als der Kandidat der nunmehr sozialdemokratischen Partei Österreichs, Verkehrsminister Dr. Rudolf Streicher oder ein eventuell noch zu nominierender Vertreter der SPÖ bei der sozialistischen Internationalen. Wohin der Sozialismus führt, haben wir bei unseren östlichen Nachbarstaaten gesehen, in denen der „reale Sozialismus“ jahrzehntelang die Möglichkeit gehabt hätte, seine Fähigkeiten zu beweisen.

Zur Wahl des Bundespräsidenten

würdigung, Besudelung oder Verungeltung eines Kandidaten, nur damit der eigene Bewerber um so strahlender dasteht, schadet nicht nur dem Amt, sondern uns allen, wie leidvolle Erfahrungen der letzten Zeit gezeigt haben. Wir appellieren daher an die Parteien und deren Bewerber, einen fairen und sauberen Wahlkampf zu führen.

Von den Grünen, die das Amt des Bundespräsidenten für überflüssig halten, ja abschaffen wollen, wurde der „zukunftslosere“ Dr. Robert Jungk nominiert. Dr. Jungk soll in seiner Jugend unter dem Namen Robert Baum und später verschiedenen unter anderen Namen links-extremen Organisationen angehört haben. Er sei, wie ein Sprecher der Grünen gesagt hat, hauptsächlich deshalb nominiert worden, um damit ein Gegengewicht gegen den Rechtsruck zu haben. Mit dieser Begründung haben die Grünen ihre Maske fallen gelassen, und sich klar als linker stehend als die Sozial-

Dr. Heide Schmidt, die Dritte Präsidentin des Nationalrats, wurde als Mandatarin der FPÖ in den Nationalrat und dessen Präsidium gewählt. Sie wurde auch für das Amt des Bundespräsidenten von dieser unter Führung von Jörg Haider stehenden Partei aufgestellt. Allein schon dessen Äußerungen über „die Arbeitsmarktpolitik im Dritten Reich“ machen eine solche Kandidatur für uns Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus unwählbar.

Kandidat der ÖVP ist der derzeitige Generalsekretär im Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Botschafter Dr. Thomas Klestil. Dr. Klestil ist praktizierender Katholik; er hat als Diplomat viele Jahre Österreich im Ausland ausgezeichnet vertreten, darunter auch lange Zeit in den USA. Er ist der Garant, Österreich überall würdig zu repräsentieren. Ihm gilt daher unsere Wahlkampfempfehlung!

Hierzuhat, euer
Dr. Hubert Jurassek

Menetekel

(Fortsetzung von Seite 1)

Für uns Widerstandskämpfer erwecken diese großen Einbrüche populistische Propaganda treibender Parteien, vor allem der FPÖ Haider, in die Wahlmassen der beiden Regierungsparteien düstere Erinnerungen. Auch der Aufstieg der NSDAP im seinerzeitigen Weimarer Deutschland war hauptsächlich das Ergebnis populistischer Propaganda. Adolf Hitler hat sowohl bei den Wählern der bürgerlichen Parteien, vor allem aber der beiden marxistischen Parteien, der SPD und der KPD, große Erfolge erzielt. Dies führte man damals u.a. auf die große Arbeitslosigkeit zurück, aber heute?

Das Wahlergebnis des Jahres 1991 müßte für die beiden Regierungsparteien ein Warnzeichen, ein Menetekel sein. Sie werden nachdenken müssen, was der Grund dafür ist, daß ihnen ein verhältnismäßig großer Teil der Wähler nicht mehr zu folgen gewillt ist.

Es wird wohl erforderlich sein, sich mit der Lösung der anstehenden großen Probleme in Österreich zu befassen, anstatt die Kräfte in kleinteiligen Positionskämpfen zu verzetteln.

Vor allem aber wird ein fairer Wahlkampf für die Wahl des Bundespräsidenten wichtig sein, der so geführt wird, daß auch nach der Wahl die beiden Koalitionspartner zusammenarbeiten können.

Landesverband Wien

Totengedenken 1991

Auch Donnerstag, den 31. Oktober 1991, fanden, wie alljährlich, durch die Arbeitsgemeinschaft die Kranzniederlegungen um 15 Uhr im Wehrraum des Äußeren Burgtors, Wien 1,

Heldenplatz, und um 15.30 Uhr bei der Gedenktafel der Wiener Feuerwehrzentrale, Wien 1, Am Hof, und um 16 Uhr im Gedenkraum für die Opfer der Gestapo in Wien 1, Salztorgasse, statt. Bei der Veranstaltung um 16 Uhr sprach Kamerad Dr. Soswinski, anschließend daran fand noch eine kurze

Schluß auf Seite 3



Totengedenken 1991

Schluß von Seite 2

Kundgebung beim Mahnmahl in Wien 1. Morzinplatz, statt. Bei der Gedenkfeier am Floridsdorfer Spitz für die in den letzten Kriegstagen dort Getöteten, Major Biedermann, Hauptmann Huth und Oberleutnant Raschke, am 31. 10. 1991 um 11 Uhr wurden wir vom Kameraden Dr. Windisch vertreten. Am Freitag, dem 1. 11., um 9 Uhr war eine Gedenkfeier

im ehemaligen Hinrichtungsraum des Landesgerichts für Strafsachen, Wien 1, Landesgerichtsstraße 11; dort wurde auch am 2. 11. um 9.30 Uhr mit einer hl. Messe der Opfer gedacht. Bei all diesen Veranstaltungen waren wir leider nur allzu spärlich vertreten. Diese Veranstaltungen finden jeweils am 31. Oktober jedes Jahr zur gleichen Zeit statt. Es wäre schön, könnten sich die Kameraden diesen Termin vormerken und auch daran teilnehmen.

INITIATIVE zur Anerkennung Sloweniens und Kroatiens

Erfüllt vom Wunsch zum Frieden in Jugoslawien einen Beitrag zu leisten, hat sich die Bundesleitung unserer ÖVP-Kameradschaft, bei der Kuratoriumssitzung vom 5. Dezember v. J., brieflich mit einer Entschließung an Außenminister Dr. Alois Mock gewandt.

Nachstehend der Text unseres Schreibens, für dessen rasche Beantwortung wir Bundesminister Dr. Alois Mock herzlich danken!



ÖVP-KAMERADSCHAFT
DER POLITISCH VERFOLGTEN
BUNDESLEITUNG
GEBÄUDE, LAUDONGASSE 16 1080 WIEN

Wien, am 5. Dezember 1991

Herrn
Dr. Alois Mock,
Bundesminister für Auswärtige
Angelegenheiten

Balfhausplatz 2
1010 Wien

Sehr geehrter Herr Bundesminister!

Das zu seiner Herbsttagung versammelte Kuratorium, das Leitungsgremium der ÖVP-Kameradschaft der politischen Verfolgten, nimmt lebhaften Anteil an Ihrem stetigen Bemühen um die völkerrechtliche Anerkennung der



Außenminister Dr. Alois Mock:
Antwortbrief an Bundesleitung
(nebenstehend)

beiden Länder Slowenien und Kroatien. Vor allem begrüßen wir Ihre Weisung an die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland, Angehörige der beiden Länder Slowenien und Kroatien zu betreuen, soweit dies nicht mehr von den ausländischen Vertretungsbehörden Jugoslawiens erfolgt.

In dieser Weisung sehen wir einen wesentlichen Schritt Österreichs für die baldige volle völkerrechtliche Anerkennung der beiden Länder Slowenien und Kroatien. Eine solche Anerkennung wäre ein wichtiger Beitrag für die hoffentlich rasche Beendigung der unseligen kriegsrischen Auseinandersetzungen an der Grenze unserer geliebten Heimat Österreich.

Ergebenst

Dr. Hubert Jurasek
Vizepräs. d. VwGH i. R.
Bundesobmann
Rosa Szalay
Schriftführer



DER BUNDESMINISTER
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
DR. ALOIS MOCK

Wien, am 18. Dezember 1991

Sehr geehrter Herr Vizepräsident!
Sehr geehrte Frau Szalay!

Ich danke für Ihren Brief vom 5. Dezember d. J., in dem Sie die Frage der völkerrechtlichen Anerkennung Sloweniens stellen.

In diesem Zusammenhang habe ich stets die Meinung vertreten, daß der vom slowenischen und kroatischen Volk in demokratischer Weise zum Ausdruck gebrachte Wunsch nach Unabhängigkeit zu respektieren sei. Aus diesem Grund trete ich dafür ein, daß diese beiden Republiken so rasch wie möglich als unabhängige Staaten anzuerkennen sind. Mein diesbezüglicher Antrag im Ministerrat vom 3. September 1991 konnte jedoch nicht die notwendige Einstimmigkeit finden.

Der Nationalrat hat sodann in seiner Entschließung vom 17. September 1991 die Bundesregierung u. a. ersucht, ihre Bemühungen zu einer sofortigen Beendigung der Kampfhandlungen fortzusetzen und zu einer friedlichen Lösung des Konflikts beizutragen sowie die Anerkennung Sloweniens und Kroatiens im Einklang mit anderen Staaten vorzunehmen. Ich werde mich daher weiterhin mit allem Nachdruck darum bemühen, zu einer Lösung der Krise in Jugoslawien unter Berücksichtigung des Selbstbestimmungsrechts der Völker beizutragen. Die Verwirklichung dieses Rechts muß mit Garantien zum Schutz der Menschenrechte, einschließlich der Rechte nationaler Minderheiten und der gleichberechtigten Teilnahme aller Bevölkerungsgruppen an der politischen Willensbildung einhergehen. Eine Anerkennung Sloweniens und Kroatiens wird – im Sinne der zuvor genannten Entschließung des Nationalrats – erfolgen, sobald auch andere Staaten bereit sind, einen derartigen Schritt zu setzen. Meine Bemühungen in diese Richtung werde ich fortsetzen.

Ich möchte Ihnen versichern, daß Österreich weiterhin im Rahmen seiner Möglichkeiten aktiv versuchen wird, seinen Beitrag zu einer friedlichen Lösung des Konflikts in unserem südöstlichen Nachbarland zu leisten.

Mit freundlichen Grüßen

Herrn
Vizepräsident d. VwGH i. R.
Dr. Hubert JURASEK
Frau Rosa SZALAY
ÖVP-Kameradschaft der
politisch Verfolgten

Laudongasse 16
1080 WIEN

LANDESVERBAND TIROL

Unsere Tiroler Landesorganisation ist auch in der „Arbeitsgemeinschaft Vaterlandsfreier Verbände Tirols“ vertreten und nimmt an deren Aktivitäten teil.

Auch heuer veranstaltete die Arbeitsgemeinschaft „Vaterlandsfreier Verbände Tirols“ am Vorabend zum Österr. Nationalfeiertag einen festlichen Empfang unter dem Ehrenschutz des Herrn Landeshauptmanns Dipl.-Ing. Dr. Alois Partl im großen Ratskessensaal. Namens der Arbeitsgemeinschaft konnte Karin Fritz Seisstock zahlreiche Gäste begrüßen, besonders Herrn Landtagspräsidenten KR Dr. Reissig, Herrn Landeshauptmann Dipl.-Ing. Dr. Partl, Herrn Sicherheitsdirektor HR Dr. Platzgummer, Herrn Polizeidirektorstellvert. HR Dr. Mendi sowie hohe Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, des Bundesheeres und der Exekutive sowie des Konsularischen Korps.

Seisstock verwies darauf, daß am 25. Oktober 1955 der österr. Staatsvertrag und am darauffolgenden Tag das Gesetz über die immenswichtige Neutralität beschlossen wurde.

Seit 1959 setzen sich die in der Arbeitsgemeinschaft vereinten Organisationen für ein freies, selbständiges und neutrales Österreich ein und kämpfen gegen Neonazismus, Antisemitismus und Rassenhaß und für die Einhaltung der Menschenrechte. Landeshauptmann Dr. Partl dankte der Arbeitsgemeinschaft für ihre selbstlose erfolgreiche Tätigkeit und verwies insbesondere darauf, daß in dieser Gemeinschaft jene Menschen vertreten sind, die die Fahne Österreichs auch in den schwersten Zeiten hochgehalten und maßgeblich zur Befreiung Österreichs beigetragen haben. Gerade in der heutigen Zeit sind solche Vorbilder sehr wichtig.

In der mit großem Beifall aufgenommenen Festrede be-



tonnte Nationalrat Dr. Lothar Müller die Wichtigkeit des Einsatzes der Widerstandskämpfer für ein freies Österreich, da gerade in der jetzigen Zeit solche Patrioten beispielgebend sein müssen. Im Zusammenhang mit der Gründung des „Europäischen Wirtschaftsraums“ werden viele Probleme auftauchen, sei es in wirtschaftlicher Hinsicht, in sozialen Fragen oder im Umweltbereich. Zusätzlich werden dabei sicherlich auch Schwierigkeiten im Zusammenleben mit den verschiedenen Völkern entstehen, die durch Toleranz, Verständnis und absolute Einhaltung der Menschenrechte gelöst werden müssen.

Teilnahme am festlichen Empfang zum österreichischen Nationalfeiertag 1991 in Innsbruck

Dies wird möglich sein, wenn wir die Plattform aller Gegner des Neonazismus, Antisemitismus und Rassenhaßes vergrößern und über alle Partei- oder Religionsgrenzen hinweg gemeinsam für unser Vaterland Österreich zusammenarbeiten! Verschiedene Vorkommnisse, wie u. a. die unverantwortliche Lehnstellung eines neonazistischen Lehrers in Kärnten, der erst nach entsprechenden Hinweisen in den Medien entlassen wurde, die antiosterreichischen Äußerungen des FPÖ-Obmanns Dr. Haider, die verwerfliche Schändung des jüdischen Friedhofs in Wien und die tätlichen Angriffe auf Asylanten und Flüchtlinge

müssen sehr ernst genommen werden! Solche Umtriebe erfordern harte Maßnahmen durch die zuständigen Behörden, sie erfordern aber auch eine erhöhte Wachsamkeit aller demokratischen Kräfte.

NR Dr. Müller ist überzeugt, daß das österreichische Nationalbewußtsein gestärkt werden kann, wobei er besonders die Jugend anspricht, sich am Einsatz der Widerstandskämpfer ein Vorbild zu nehmen.

Die Feier wurde vom Ampfiser Bläserchor musikalisch umrahmt.

An den Gedenkstätten der Opfer des österr. Freiheitskampfes wurden Kränze niedergelegt.

Die Salzburger Widerstandsgruppe „HEIMATFRONT“

Schon bald nach der Besetzung Österreichs durch die Nationalsozialisten hat sich um den Jesuitenpater Anton Pinsker, damals Kooperator an der Elisabethkirche in Salzburg, ein Kreis junger Leute gebildet. Sie sind so treu und verlässlich gewesen, daß Pater Pinsker mit ihnen geradezu einen Schulungskurs gegen die nationalsozialistische Weltanschauung halten konnte, bei dem alle begeistert mitgelassen haben.

Aus diesem Kreis hat sich unter Führung des Postingenieurs, später Wehrmachtsangehörigen, Johann (Hans) Graber eine Widerstandsgruppe „Österreichische Heimatfront“ gebildet.

Dieser Gruppe gehörten vorwiegend junge Leute an, die vor allem von vaterlandsfreien Verbänden, wie Jung Vaterland, Ostmarkjugend, christlich deutsche Turnerschaft und Österreichischem Jungvolk gekommen sind. Ziel dieser jungen Leute war laut Anklageschrift des Oberreichsanwaltes beim Volksgericht die „gewalttätige Loslösung der Ostmark vom Reich und die Errichtung des selbständigen österreichischen Staates mit ständischer Verfassung“.

Von dieser Gruppe, hauptsächlich von H. Graber, wurde die illegale Zeitschrift „Hör Zu“ hergestellt und vertrieben, von der insgesamt bis zum Einschreiten der Gestapo 17 Folgen erschienen

LANDESVERBAND SALZBURG



Salzburg, Festspielhaus

sind. Diese Zeitschrift ist von Hans Graber, der damals beim Salzburger Generalkommando XVII eingerückt war, in den dortigen Diensträumen hergestellt worden. Ende Juli 1940 ist er dabei vom Pförtner des Gebäudes überrascht worden, der jedoch keine Anzeige erstattet hat. Mitgearbeitet hat dieser illegale Tätigkeit hat auch der Vorgesetzte von Hans Graber, Ing. Otto Horst, damals Offizier.

Schluß auf Seite 5

Salzburger Widerstandsgruppe Schluß von Seite 4

Die Gruppe war hauptsächlich in der Stadt Salzburg aktiv, es hat aber auch Verbindungen nach Wien und in die Steiermark gegeben. In Wien verteilte die Widerstandsgruppe hauptsächlich die illegale Zeitschrift „Hör Zu“. Die Hauptpersonen in Wien waren der aus Salz-

München-Stadtheim enthaftet worden. Drei Personen sind freigesprochen, alle anderen zum Teil zu langjährigen Kerkerstrafen verurteilt worden.

Johann (Hans) Graber aus Salzburg, 21. 2. 1918 in Salzburg geboren, war seit seiner frühesten Jugend in



Bundeskanzler Schuschnigg: „Jugend bereit!“ Brandopfer ihres jungen Lebens im Kampf für die Heimat.

burg stammende **Ferdinand Steindl** und der Wiener **Edmund Trpin**. Die Verbindung in die Steiermark ist über verschiedene Kanäle gegangen, der bereits erwähnte Offizier **Otto Horst** stammte aus Graz-Andritz, **Karl Petter**, damals ebenfalls Soldat in Salzburg, war in Dietersdorf 58 bei Fürstenfeld wohnhaft.

Im Juli 1940 hat Hans Graber mit der damals in Graz wohnhaften Gräfin Maria Anna (Annamaria) Schönborn Verbindung aufgenommen, die er aus seiner Tätigkeit bei der Salzburger Landesführung des Österreichischen Jungvolkes gekannt hat.

Ende August 1940 hat die Gestapo zugeschlagen, über 20 Personen sind verhaftet worden. Bei der Verhandlung beim Volksgericht am 2. 12. 1943 sind Johann Graber und Otto Horst zum Tode verurteilt worden; beide sind am 18. 2. 1944 im Gefängnis

christlichen bzw. vaterländischen Jugendorganisationen tätig, zuletzt hauptsächlich bei der Bezirksführung Salzburg des österr. Jungvolkes. Nach ihm ist eine Straße in Salzburg-Alpen benannt.

Otto Horst, Bauingenieur aus Graz-Andritz, 15. 7. 1886 geboren, war zur Zeit seiner Verhaftung Offizier bei der deutschen Wehrmacht. Er war von Jänner 1929 bis 1934 Mitglied der Kinderfreunde und des Schutzbundes, dann der Vaterländischen Front.

Karl Petter aus Dietersdorf bei Fürstenfeld, 6. 12. 1898 geboren, war seit 1938 Mitglied der NSDAP. Er ist vom Volksgerichtshof verurteilt worden.

Ferdinand Steindl aus Salzburg, 7. 3. 1922 geboren, Maturant, war zur Zeit seiner Verhaftung Student in Wien. Er kam aus dem Österreichischen Jungvolk.

Rot-weiß-rotes Requiem – März 1938

DIE OPFER MAHNEN ...

Den Okkupationspanzern der deutschen Nazi-Wehrmacht, die am 11. März 1938 die österreichische Unabhängigkeit niederwalzten, folgte der Terror gegen österreichische Patrioten auf dem Fuß.

Dagegen erhoben wir uns zum Widerstand: 2700 Hingerichtete und über 32.000 in Gestapokerkern und Konzentrationslagern ums Leben Gekommene waren der Blutzoll für Österreichs Freiheit. Und Hunderttausende wurden in der Folge als zwangsrekrutierte Soldaten oder zivile Bombenopfer dem großdeutschen Raubkrieg geopfert. Das rot-weiß-rotes Requiem eines kleinen Landes, das 1938 von den gleichen Großmächten, die es später als „Naziland“ verteilten, so erbärmlich im Stich gelassen wurde.

DIE OPFER MAHNEN; NIEMALS VERGESSEN!



Dachau – Waldfriedhof

Achtung!

Redaktionschluß für die nächste Ausgabe des „Freiheitskämpfers“: Mittwoch, 8. April 1992

Friedrich Torberg:

Auf den Tod eines Fußballspielers

Er war ein Kind aus Favoriten und hieß Matthias Sindelar. Er stand auf grünem Plan inmitten, weil er ein Mittelstürmer war.

Er spielte Fußball, und er aucte vom Leben außerdem nicht viel.

Er lebte, weil er lieben mußte, vom Fußballspiel fürs Fußballspiel.

Er spielte Fußball wie kein zweiter, er stak voll Witz und Phantasie.

Er spielte lissig, leicht und heiter.

Er spielte stets. Er kämpfte nie.

Er warf den blonden Schopf zur Seite, ließ seinen Hengott gültig sein, und stürmte durch die grüne Weite und manchmal bis ins Tor hinein.

Es jubelte die Hohe Warte, der Präber und das Stadion, wenn er den Gegner lachend nante und zog ihm flinken Laufs davon – bis eines Tags ein

anderer Gegner ihm jählings in die Quere trat, ein fremd und furchtbar überlegener, vor dem's nicht Regel gab noch Rat.

Von einem einzigen, harten Tritte fand sich der Spieler Sindelar verstoßen aus des Planes Mitte, weil das die neue Ordnung war.

Ein Weichen stand er noch daneben, bevor er abging und nachhaus.

Im Fußballspiel, ganz wie im Leben, war's mit der Wiener Schule aus.

Er war gewohnt zu kombinieren, und kombinierte manchen Tag.

Sein Überblick ließ ihn erspüren, daß seine Chance im Gasstahn lag.

Das Tor, durch das er dann geschritten, lag stumm und dunkel ganz und gar.

Er war ein Kind aus Favoriten und hieß Matthias Sindelar.



Das „Wunderteam“ beim Spiel Österreich – Ungarn, das Österreich 4:2 gewann, April 1932. Stehend von links: Schwanewald, Nussba, Mohrman, Zischak, Sindelar, Braun, Schall, Vogel; Knieend von links: Gschweidt, Hiden, Blum.

Matthias Sindelar, geboren am 10. 2. 1903 in Kozlau bei Iglau, war ein echter Österreicher und typischer Wiener. Als Mittelstürmer des unvergesslichen österreichi-

Den Nazis war er nicht gewachsen. Er wurde „aberviert“. Am 26. 1. 1939 endete sein kurzes Leben durch Selbstmord.

Friedrich Torberg, damals

Robert R. Pollak:

Tragödie im Schatten des „Anschlusses“

schen Wunderteams begeisterte er die Fußballfans der dreißiger Jahre, wenn er mit seinem „Favoriten Schmä“ die Gegner auf dem grünen Rasen austrickste.

bereits auf der Flucht von Exil zu Exil, widmete Sindelar's Andenken das nebenstehende Gedicht, das die tiefen Ursachen dieser österreichischen Fußballtragödie ahnen läßt.

Unternehmer-spende für KZ-Gedenkstätte

Vorstandsmitglied Alexander Maculan stellt dem Betreiberverein für ein Widerstandsmuseum in Ebensee 100.000 Schilling zur Verfügung.

Maculan: „Weil ich persönlich überzeugt bin, daß gerade heute die Erinnerung an diese schreckliche Zeit als Mahnung gegen jede Art von Rassismus wahrgenommen werden muß.“



Trude Horvath

die Gattin unseres Kameraden, Dr. Paul Horvath (Ld.

Vbl. NÖ), war am 20. Februar im ORF, gemeinsam mit ihrer 94-jährigen Mutter, in einen Zeitzeugenbericht zu hören.

1938 als Jüdin vom Gymnasium vertrieben, war für sie der Traum vom Medizinstudium gescheitert. Mit ihrem Ehem. in die USA emigriert, arbeitete sie dort in einer Uniformherstellung. Erst in den fünfziger Jahren kehrte sie wieder heim. In Wien war sie dann bis zum Rentenalter bei einer amerikanischen Behörde, die US-

Studenten in Österreich betreut, als „housing director“ tätig. Über 4000 US-Studenten hat sie in dieser Zeit die Integration in österreichische Familien ermöglicht. Kein kleiner Beitrag zur Völkerverständigung! Trude Horvath, eine erstaunlich jugendlich wirkende, elegante Erscheinung hat ihr soziales Engagement auch im Ruhestand bewahrt. Von ihrem Wohnsitz in Kitzendorf fährt sie Woche für Woche ins WUK (Werkstätten und Kursbildungszentrum) und hilft als ehrenamtliche Dozentin für Englisch älteren Menschen, Verunsicherten nachzuholen. Trude Horvath's Rückende in die Vergangenheit war frei von Ressentiments und Resignation. Das Beispiel eines positiven Menschen, der es verstanden hat, auch seinen späten Jahren den richtigen Sinn zu geben.

Der Fall Wallenberg

Noch immer untersuchen schwedische und russische Experten den Fall des 1945 aus Budapest verschundenen schwedischen Diplomaten RAOUŁ WALLENBERG.

Er hat seinerzeit mehr als 20.000 Juden das Leben gerettet.

Von den Russen verschleppt, ist er angeblich 1947 in einem Lager umgekommen.



Pater Josef Gapp, Mutter. Von den NS-Henckern am 13. August 1943 entführt.

(Foto: Archiv)

Märtyrer Pater Gapp:

Seligsprechung bevorstehend

Der Priester Josef Gapp, Marianistenpater, wurde von Freislers Blutgericht als „Reichsfeind“ zum Tode verurteilt und am 13. August 1943 enthauptet. Kardinal GROIER hat für diesen Blutzug Österreichs bereits 1978 einen Seligsprechungsprozeß eingeleitet.

Josef Gapp, Kind einer Arbeiterfamilie in Wattens, zeigte schon als junger Kaplan in Wien und Religionslehrer in Graz soziales Engagement durch seine nimmermüden Aktivitäten für die Arbeitslosen der Zwischenkriegszeit.

Nach dem Erscheinen der Enzyklika „IN BRENNENDER SORGE“, mit der Pius XI. 1937 vor den Gefahren

der NS-Idee warnte, trat P. Gapp, bis weit in die Kriegszeit hinein, als aktiver Kämpfer gegen die Hitlerherrschaft auf.

„Die NS-Ideologie sei Betrug, ihr Geist abstoßend und mit dem Glauben unvereinbar“, predigte Gapp. Die Gestapo verfolgte ihn und lieferte ihn dem Henker aus.

Sein Kreuzweg wurde durch seine Ordensbrüder bezeugt, und man ist sich derzeit sicher: Josef Gapp dürfte der erste Österreicher sein, der wegen seines religiösen Widerstandes seligsprochen wird. Spätestens im Jahr 1986, zur 1000-Jahr-Feier Österreichs.

(Nach Kindermann, Krone, 1. 11. 1991)

Vizepräsident d. VwGH i. R. Dr. Hubert Jurasek:

Das Schicksal des Deutschen Ordens in der SS-Zeit

Nach der Besetzung Österreichs durch Adolf Hitler wurde mit Verfügung des Stillehaltekommissars für Vereine, Organisationen und Verbände (GBI. i. d. Ld. Ö. 136/38 vom 6. 9. 1938), rückwirkend mit 1. 9. 1938 die „Ballei Österreich des Deutschen Ordens“, Wien 1, Singerstraße 7, behördlich aufgelöst und das Vermögen eingezogen.

Mit dieser Maßnahme sollte vermutlich ein Teil der Tradition des Deutschen Ordens für die Nationalsozialisten verfügbar gemacht werden, die Burgen des Deutschen Ordens sollten in Ordensburg der SS umfunktioniert werden. Die SS sollte nach Meinung Himmlers, für den eher der deutsche Kaiser Heinrich I. das Vorbild war, ein neuer Orden werden, wie sich aus folgender Rede ergibt, die Heinrich Himmler bei der Übernahme des Hauses Wien 1, Singerstraße 7, des offiziellen Hochmeistersitzes, im Sommer 1938 gehalten hat. Seine darin vertretene Idee der Zucht war der Deutschen Orden völlig fremd, Himmler (auszugsweise) wörtlich:

„Was war der deutsche Ritterorden? Er war sehr früh gegründet im sogenannten Heiligen Land zu der Zeit, als deutsche germanische Expansionskraft mitgeleitet von der christlichen Kirche sich im fernsten, allerersten Osten verblutete. Dieser Ritterorden machte dann den kühnen Sprung herauf nach Ostpreußen, und dieser eine Teil oder dieser Teil wurde dann der Ritterorden überhaupt der deutschen Herrenritter. Als dann der Orden protestantisch wurde, zu spät sich vom Zölibat und der katholischen Lehre löste, da ging ein Teil des Ordens nicht mit, und der nahm dann sel-

nen Sitz hier in Wien, in allerletztem Stadium. Von dem einen Teil des Ordens aus wurde Preußen gegründet.

Ich wünsche, daß von diesem Haus aus die geistigen Kräfte ausstrahlen mögen, daß diese Tausende von SS-Männern nicht nur Soldaten seien, sondern Gründer von Familien, daß von hier aus wertvollstes adeliges deutsches Blut gezüchtet werde, damit einmal um Deutschland herum dieser Ring von 80, 100 Millionen germanischer Bauern sich legen könne, damit einmal von da aus Deutschland das große germanische Imperium schaffen könne, was unser Traum ist und was unser Führer begründet.

In diesem Sinne übernehme ich dieses Haus und danke ihnen, lieber Oberbürgermeister, und gebe es ihnen, und ich weiß, daß von diesem



Ordens-Ritterkreuz, 17. Jh.

Haus von ihnen als Oberabschnittsführer ein guter Geist ausgehen wird, so wie ich ihn mir wünsche für den Führer, für Deutschland, für die Schutzstaffel.“

Neben dem Ordenssitz in Wien 1 hat sich die SS nach der Besetzung der CSFR auch die Schlösser des Deutschen Ordens in Buzau und Eulenburg angeeignet. Die Anlage in Buzau sollte, wie sich aus einem Planentwurf des Jahres 1942 ergibt, zu einer Ordensburg der SS umgebaut werden mit Wohnungen für Himmler und andere hohe SS-Führer.

Neonazi-Szene:



Nazi-Sprüche: Besudeltes Österreich!

Neonazi
Küßel
verhaftet

In der Sendung „Tele 5“ hat Küßel erklärt, er wolle die Zulassung der NSDAP als Wahlpartei erreichen. Hier besteht der Verdacht des Verstoßes gegen das Verbotsgesetz.

In einem weiteren „ABC“-Interview bekannte sich Küßel als Rassist. Es störe ihn auch nicht, wenn man ihn als Nazi bezeichne, „ich bin stolz darauf“.

„Leider haben die Deutschen den Zweiten Weltkrieg verloren“.

Bei der Hausdurchsuchung wurde von den Beamten zahlreiches einschlägiges rechtsextremes Propagandamaterial, Disketten, Uniformen und militärische Ausrüstung sichergestellt.



„Führer“, Neonazi Adolf Küßel

Höchste Zeit zum

Meterlange Hakenkreuzfahnen, Hitlerbilder, Handfeuerwaffen, massenhaft Munition, Bombenbestandteile, Uniformstücke und Berge nazistischer Sudelschriften – es war ein grauenhaftes Szenarium, das Polizeipräsident Bögel und führende Funktionäre der Staatspolizei, in den Jannertagen d. J. den versammelten Presseleuten bot. Eine Visitenkarte der „Rechtsextremistischen Szene“, die jetzt durch den Zugriff der Stapo einen empfindlichen Schlag erhielt.

Protest gegen Nazi-
unwesen in Innsbruck

Der Bund der Opfer des politischen Freiheitskampfes in Tirol (eine Arbeitsgemeinschaft, der auch unser Tiroler Landesverband der ÖVP-Kameradschaft angehört) richtete am 18. Jänner 1992 folgendes Protestschreiben an die Stadtgemeinde Innsbruck:

Sehr geehrte Herrn!

Mitte Dezember des Vorjahres wurden in Innsbruck, beson-

„Wehrsportübung“ der Neonazis in Längenloos gezeigt wurde, an der Bürgermeister und Gendarmen „nichts auszusetzen“ hatten, wurden schwer bewaffnete Gruppen von Neonazis ausgehoben und zur Anzeige gebracht.

Es steht einwandfrei fest, daß diese Unbelehrbaren durch die Untätigkeit der Behörden geradezu ermuntert wurden. Erst nach der (teilweisen) Aufdeckung der Waffenlager und



HJ heute: Junge Neonazi in alter Tracht

ders im Stadtteil Pradl, zahlreiche Häuser mit Hakenkreuzen beschmiert. Wir hatten die Aussetzung einer Belohnung für die Ausforschung der Täter angefragt und gleichzeitig die umgehende Entfernung der Symbole einer schrecklichen Vergangenheit gefordert. Geschehen ist aber bisher nichts, vielmehr prangen diese Zeichen eines verbrecherischen Gewaltregimes trotz Verbotes im Sinne des Verbot- und Abzeichengesetzes an den Häusern, als ob sie unter Denkmalschutz gestellt oder dem Fremdenverkehr dienlich wären. Kurz nachdem im Fernsehen (X large) eine

Nazi-Propagandamaterialien scheint man sich der drohenden Gefahr bewußt zu werden. Wir fordern daher die sofortige Entfernung der in Innsbruck angebrachten Hakenkreuze und die Ausforschung der Täter. Wir werden nicht tatenlos zusehen, wie sich staatsfeindliche Gruppen vorbereiten, neuerlich ein Terrorregime zu errichten. Nazismus, Antisemitismus und Fremdenhaß dürfen nie wieder die Welt ins Unglück stürzen. Die Behörden sind verpflichtet, eine solche Entwicklung mit allen Mitteln zu verhindern.

Mit freundlichen Grüßen

(Heinz Mayer, Präsident)

Dieses bei der Aushebung von Nazinestern sichergestellte Material alarmierte die Öffentlichkeit. Auch bisherige „Verharmloser“, die in Neonazi-Aktivitäten



Österreichs Dem...

Aufräumen!

Immer nur „Lausbubenstreiche“ erblicken wollten, zeigten sich betroffen.

Die Erkenntnisse, die durch diese Beschlagnahme anlässlich der Aushebung Küssels publik wurden, sind nicht ganz neu. Wir Freiheitskämpfer wissen, wie klein der Naziterror in der Vergangenheit begonnen hat und wie er bis 1938 eskalierte: Von der eingeschlagenen Fensterscheibe bis zu Papierböllen, Handgranatenüberfall und Kanzenmord.

„Wehret den Anfängen!“ ist darum das Gebot der Stunde. In dankenswerter Weise sind Legislative und Exekutive jetzt aktiv geworden:

Ja, es ist höchste Zeit, aufzuräumen!

Wiener Slapo achting zu: Sicher-gestellte Waffen-„NS-Devotionalien“



Auslandsverbindung österreichischer Neonazigruppen

Vor einigen Tagen ist Gottfried Küssel wegen neonazistischer Wiederbetätigung verhaftet und in das Landesgericht St. Pölten eingeliefert worden. Im Zuge der

einer solchen Gruppe konnten wir den zuständigen österreichischen Stellen schon im Sommer 1990 geben. Von Győr (Raab) in Ungarn aus ist von einem



US-Neonazi Gary Lauck: Hauptlieferant von Propagandamaterial und Geld.

Auf Grund dieses Hinweises ist gegen Gerd Honsik damals ein Strafverfahren wegen Verdachts des Vorstoßes gegen § 3g Verbotsgesetz und § 38 Mediengesetz

„Brauner Medienkoffer“: Bis zu 20.000 Ex. Auflage. Beliebter Verteilungsort – vor Schulen!



staatspolizeilichen Erhebungen wurden auch in verschiedenen anderen Orten Österreichs derartige Gruppen festgestellt und Verhaftungen vorgenommen. Auch in Raab ist eine Gruppe wegen neonazistischer Tätigkeit verhaftet worden. Hinweise auf die Existenz

„Freundeskreis G. Honsik“ für das von Gerd Honsik verfaßte und in Österreich verbotene Buch „Freispruch für Hitler? 37 verhinderte Zeugen wider die Gaskammern“ geworben worden, worüber wir auch im Freiheitskämpfer 3/1990, Seite 11, berichtet haben.

setz, eingeleitet worden. Laut einer dem Bundesministerium für Inneres zugegangenen Mitteilung haben damals auch die Ungarn Schritte zur Untersuchung bzw. Unterbindung dieser Tätigkeit gesetzt (s. FK 4/1990, Seite 14).

Dr. Hubert Jurasek



Demokratie bewahren!

OPFERFÜRSORGEGESETZ 1947

Versorgungsleistungen und Einkommensgrenzen ab 1. Jänner 1992

Anpassungsfaktor: 1,040 = 4%; Die Leistungen gem. §§ 11/5 und 11/7 wurden um 500 S bzw. 717 S erhöht.

OPFER

MdE	Opferrente § 11 Abs. 2	Zulage § 11 Abs. 11
30 v. H.	972	—
40 v. H.	1458	—
50 v. H.	1944	2538
60 v. H.	2431	2538
70 v. H.	2917	2538
80 v. H.	3889	2538
90/100 v. H.	4861	2538

ZULAGE § 11 Abs. 2: 454

ALTERSZULAGE § 11 Abs. 2 KOVG: 200

ERSCHWERNISZULAGE § 11 Abs. 3 KOVG

ab Voll- endung des	Minderung der Erwerbsfähigkeit				
	50 v. H.	60 v. H.	70 v. H.	80 v. H.	90/100 v. H.
65. Lebensj.	217	364	440	583	728
70. Lebensj.	441	727	825	973	1167
75. Lebensj.	803	1093	1217	1360	1508
80. Lebensj.	1167	1460	1606	1751	1897

SCHWERSTBESCHÄDIGTENZULAGE § 11a Abs. 4 KOVG

lit. a	lit. b	lit. c	lit. d	lit. e	lit. f
1458	1944	2431	2917	3403	3889

ERZIEHUNGSBEITRAG § 11 Abs. 10: 770, gek. 385

PFLEGE- UND BLINDENZULAGE § 18 Abs. 4 und 5 KOVG

Stufe I	Stufe II	Stufe III	Stufe IV	Stufe V	Stufe Verh.
6572	9855	13.141	16.429	19.707	26.276

BLINDENFÜHRZULAGE § 20 KOVG: 1426

WÄSCHEPAUSCHALE § 20a KOVG

Ziffer 1: 216 Ziffer 2: 343 Ziffer 3: 574

UNTERHALTSRENTE § 11 Abs. 5 zugleich
EINKOMMENSRENTE

Alleinstehend: 9291 verheiratet bzw. für Lebensgefährtin sorgen: 11.887¹⁾

¹⁾ Erhöhung der Einkommensgrenze um 283 S für jedes Kind, für das ein Erziehungsbeitrag geleistet.

HINTERBLIEBENE

Grundrenten § 11 Abs. 3 für				
Witwen	einf. Waisen	Doppelwaisen	Elternteil	Elternpaar
1944	1944	1944	1944	2567

UNTERHALTSRENTE § 11 Abs. 5 zugleich
EINKOMMENSRENTE

Witwen, Witwer, Waisen, Eltern: 2) 8283

BEIHILFEN § 11 Abs. 7

Witwen, Witwer und Waisen: 8444

EINKOMMENSRENTE dafür: 9579

¹⁾ Erhöhung um 693 für jedes waisenrentenberechtigte Kind

MINDESTWITWEN(WITWER)BEIHILFE § 11 Abs. 7: ... 70

DIÄTZUSCHUSS §§ 14 und 46b KOVG

niedrigste Stufe	mittlere Stufe	höchste Stufe
302	610	913

HILFLOSENZULAGE § 11 Abs. 12

einfach 2887 doppelt 5774

STERBEGELD § 12a

	Höchst- ausmaß	Mindest- ausmaß	anrechenbarer Höchstbetrag
voll	11.338	6798	4540

Dr. Hubert Jurasek:

Kinderfreundlich?

Vor kurzem hat der Verfassungsgerichtshof in einem Erkenntnis die Nichtabsetzbarkeit von Ausgaben für den Unterhalt der Kinder und nicht-erwerbstätigen Ehefrau bei der Steuer, weil dem Gleichgrundsatz widersprechend, als verfassungswidrig aufgehoben. In der darüber entflammten Diskussion haben die Sozialdemokraten und die Grünen gegen dieses Erkenntnis den Vorwurf erhoben, es wäre familienfeindlich; durch die Einführung einer steuerlichen Absetzmöglichkeit würden die Besserverdiener begünstigt werden. Dieses Erkenntnis würde einen Rückfall in die „verteilungspolitische Steinzeit“ vor 1972 bedeuten. Die beiden Parteien forderten die vom Verfassungsgerichtshof aufgehobene finanzrechtlich Bestimmung der Nichtabsetzbarkeit zum Verfassungsgesetz zu erheben. Die Sozialdemokraten und die Grünen haben plötzlich ihre Kinder- und Familienfreundlichkeit entdeckt. Diese beiden Parteien haben bisher z. B. das „Recht auf den eigenen Bauch“ und damit die Abtreibung, also Ermordung der Kinder, gefordert. Es war ihnen das Lebensrecht von „Bruder Baum“ wichtiger als das des „Bruder Mensch“. Die vom Verfassungsgerichtshof ausgesprochene Aufhebung steuerrechtlicher Bestimmungen über die Nichtabsetzbarkeit von Auslagen für die Familie durch ein Verfassungsgesetz rückgängig zu machen, würde für die Familie nichts bringen, sondern alles beim alten belassen. Den Männern scheint ihre Umweltideologie wichtiger zu sein als das Wohl von Kindern und Familien.

Für ein Verfassungsgesetz ist im Nationalrat eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. Es müßte also auch die ÖVP dafür sein. Diese hat die Mitwirkung an einem sol-

chen Verfassungsgesetz abgelehnt. Dadurch sind die Sozialdemokraten gezwungen worden, mit der ÖVP Verhandlungen über eine dem Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes Rechnung tragende steuerliche Neuregelung zugunsten der Familie zu behandeln.

Judikatur des Verwaltungsgerichtshofes

Kriegsopferversorgungsgesetz 1917 (KÖVG)

§§ 8, Abs. 2 Kriegsopferversorgungsgesetz (KÖVG)

§ 8 KÖVG

Bei Feststellung des Grades der Minderung der Erwerbstätigkeit ist auch zu prüfen, ob sie bei Berücksichtigung der Tauglichkeit des Beschädigten zu einer Erwerbstätigkeit, die ihm nach seinem früheren Beruf oder nach seiner Vorbildung billigerweise zugemutet werden kann, höher als nach § 7 einzuschätzen ist. In diesen Fällen ist die Minderung der Erwerbstätigkeit unter Bedachtnahme auf die Erfahrungen auf dem Gebiete der Berufsstände einzuschätzen; die Verdienstverhältnisse haben dabei außer Betracht zu bleiben.

§ 52, Abs. 2 KÖVG

Wenn eine Voraussetzung für die Leistung von Beschädigtenrente oder Hinterbliebenenrente wegfällt, ist die Rente einzustellen; wenn eine für die Höhe der Leistung maßgebende Veränderung eintritt, ist die Rente neu zu bemessen.

Berufswechsel – Pensionierung – Neubemessung

I. Die für eine Neubemessung der Beschädigtenrente maßgebende Veränderung kann auf medizinischem, aber auch auf berufskundlichem Gebiet gelegen sein. Ein Berufswechsel stellt im allgemeinen eine solche Veränderung dar, und zwar unabhängig davon, aus welcher Zeit der Rentenzuerrücknahmebecheid stammt.

Einkommensgrenzen für Leistungen aus Mitteln des Ausgleichstaxfonds-Opferfürsorge

Für Aushilfen	1. 1. 1992
Einzelpersonen:	S 10.800,-
Ehepaare:	S 15.800,-
Erhöhungsbetrag pro Kind:	S 3.250,-

Die Einkommensgrenzen für alle übrigen Leistungen, wie: Spitalsaufenthalte, Darlehen und übersatzmäßigen Leistungen bleiben unverändert wie 1991 (siehe „Freiheitskämpfer“ Nr. 1/1991)

II. Mit einer Pensionierung in einer Berufsstellung (hier: als Verwaltungsbeamter) ist noch keineswegs zwingend der Abschluß des gesamten Erwerbslebens verbunden. Es ist durchaus möglich und zulässig, auch nach einer Pensionierung einer Erwerbstätigkeit (hier: als selbständiger Landwirt) nachzugehen, welche gegebenenfalls einen Berufswechsel bedeutet.

III. Eine solche, nach erfolgter Pensionierung gewählte Erwerbstätigkeit kann trotz ihrer „freiwilligen“ Ausübung durch eine Einschätzung des § 8 KÖVG in Betracht kommen, denn auch die vorher ausgeübte Tätigkeit ist ja freiwillig und nicht etwa gezwungenenmaßen ausgeübt worden. (Erl. d. VwGH vom 17. 1. 1991 GZ 90/09/0138)

Gemäß der 50. ASVG-Novelle, BGBl. 676/91, gibt es seit 1. 1. 1992 u. a. folgende Leistungen:

Medizinische Hauskrankenpflege

ist eine Pflichtleistung, durch effiziente Betreuung, daher sollen Spitalsaufenthalte verkürzt oder

die der ambulanten Nachsorge in Spitälern und freier Praxis wird durch die Aufnahme der Ergotherapie in den Leistungskatalog Rechnung getragen.

Ab 1. 1. 1992 wird die Rezeptgebühr auf S 28,- erhöht, der Kostenanteil des

Neues Leistungspaket durch die 50. ASVG-Novelle

überhaupt verhindert werden. Die Leistungen der Psychotherapeuten und Psychologen werden der Krankenbehandlung durch Ärzte gleichgestellt. Auch den beitragsfrei mitversicherten Angehörigen werden insbesondere ambulante und weiterhin stationäre Rehabilitationsmaßnahmen (z. B. nach Schlaganfällen) ermöglicht. Der Notwendig-

Versicherten für Heilbehelfe (Brillen, orthopädische Einlagen usw.) auf mindestens S 210,- erhöht. Von der Rezeptgebühr und damit auch der Einrichtung des Kostanteils für Heilbehelfe können auf Antrag Personen befreit werden, deren monatliche Nettoeinkünfte S 6500,- für Alleinstehende und S 9317,- für Ehepaare nicht übersteigen.

Jubilare

In diesen Wochen feiern bzw. feierten folgende Kameradinnen und Kameraden „runde Geburtstage“. Die ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten und die Redaktion des „FREIHEITSKÄMPFERS“ gratulieren herzlichst:

Landesverband Wien:

- 70 Jahre: Robert Miel (14. 1.)
75 Jahre: Prof. Gertrud Leinhardt (8. 3.)
80 Jahre: Otto Wilhelm (8. 3.)
85 Jahre: Winkl. HR. R. Dr. Josef Paul (17. 3.)
70 Jahre: Rudolf Christian Gnevkow (19. 3.)
70 Jahre: Min.-Rat Dr. Hans Dietl (27. 4.)

Landesverband NO:

- 70 Jahre: Dr. Paul Horvath (22. 1.)
80 Jahre: Konsistorialrat Dechant Gustav Best (1. 2.)
80 Jahre: Johann Huber (8. 3.)
80 Jahre: HSDr. L. R. Franz Setzer (16. 3.)
65 Jahre: Min.-Rat Dr. Walter Hönel (20. 3.)

Landesverband

- Burgenland:**
70 Jahre: Karoline Thany (15. 1.)
75 Jahre: Eduard Neubauer (21. 3.)

Landesverband

- Salzburg:**
90 Jahre: Hofrat Dipl.-Ing. Eduard Schmid (1. 1.)

Druckfehlerberichtigung zu Personalien FK 4/1991: Kamerad Oskar Hendler, NO, feierte am 9. 10. 1991 nicht seinen 90., sondern erst den 92. Geburtstag.

Unsere Toten

Landesverband

Oberösterreich
Am 12. Juni 1991 verstarb Frau Herta Parnesberger, W. n. OA, geboren am 5. 5. 1908.

R. I. P.

Unser Sekretariat

Wien 8,
Laudongasse 16,
ist jeden Dienstag
von 10 bis 12 Uhr,
geöffnet: Tel. 43 11 44
(Vorwahl: 02 22 oder 1)

Zum Gedenken an Kamerad Prälat Franz Wesenauer

Am 19. Oktober 1991 verstarb im 87. Lebensjahr Prälat Franz Wesenauer, eine herausragende Priestergestalt der Erzdiözese Salzburg. Er war Friedensstifter und streitbarer Kirchenmann.

Der Prälat begeisterte schon als junger Kaplan die Jugend und wurde im Alter zur Speerspitze der Konservativen, er trat für den Häftlingsurlaub als neue Chance zum Leben ein und prangerte „den Verrat von öffentlicher Sittlichkeit und Moral“ an, er hielt beinahe fundamentalistisch an seiner katholischen Identität fest und suchte als einer der ersten den ehrlichen Brückenschlag zu den anderen christlichen Konfessionen.

Der Lebensweg des geborenen Ebenseers sperrt sich jeder schablonenhaften Einordnung. Nur eines zieht sich wie ein roter Faden durch die 61 Priesterjahre: Franz Wesenauer war mit Leib und Seele Kleriker, und nichts wäre dem Eiferer für „Glaube und Kirche“ so zuwider gewesen, wie eine dem Zeitgeist angepaßte Existenz. So stellte er sich 1988 mit dem

Rosenkranz auf die Straße und ersuchte „um mehr Ehrfurcht vor Jesus Christus“, als in einem Salzburger Kino der umstrittene Jesus-Film „Die letzte Versuchung“ lief. Zur Persönlichkeit Wesenaus gehörte das entschiedene Eintreten für Versöhnung und Frieden. In Wörgl stellte er sich im Februar 1934 zwischen die kampfbereiten Bürgerkriegsparteien und verhinderte sinnloses Blutvergießen. 1953 baute er in St. Elisabeth die „Friedenskirche“. Im Juni 1977 redete der damalige Stadtplaner zwei Geiselnehmern in der Getreidegasse so lange mit Güte und Strenge zu, bis sie ihre Waffen niederlegten. Furcht kannte Wesenauer schon als Kaplan während der NS-Zeit in St. Andrä nicht. Unter den Argusaugen der Gestapo scharfe der damalige Diözesanjugendseelsorger katholische



(Bsp. ÖVP Robert Rader)

Schüler um sich und betreute die Priesterstudenten. Als Direktor des „Johanneums“ in der Schrammeggasse half „Onkel Franz“ vielen jungen Menschen in leiblicher und seelischer Not. Der Kampf Franz Wesenaus galt immer „der Sünde“, nie dem „Sünder“, in dem er das menschliche Gegenüber und den Anstoß zu helfender Nächstenliebe sah.



Impressum:
Herausgeber (Verleger) und Herausgeber: Kulturkreis der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten, Redaktion: Redaktionsschreiberei der Bundesleitung, Verleger und Erscheinungsort: Wien 84 des Bundeskanzlers, des Herausgebers, der Redaktion und Herstellung: 1000 Wien, Laudongasse 16, Telefon 43 11 44. Hersteller: Typographische Anstalt Ges. m. b. H., 1190 Wien, Murggasse 18.

Offenlegung gemäß Mediengesetz 1962:

§ 25 (2): ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten – Kulturkreis, 1980 Wien, Laudongasse 16. Bundeskanzler: Vizepräsident der Verh. L. R. Mag. Dr. Hubert JURASEK. Unternehmensgegenstand: Interessensvertretung der Opfer des Nationalsozialismus und ihrer Hinterbliebenen sowie der österreichischen Widerstandskämpfer.

§ 25 (4): „DER FREIHEITSKÄMPFER“ ist ein Organ der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten – Bundesleitung. Die Blattlinie entspricht den Grundsätzen, die im Statut verankert sind (BM f. Inn., Z. 92-642/9-1/57/9).



Der Fröhling ist da! Storchennest in Rust. Bgld.

Gesegnete Ostern!

wünschen allen Kameradinnen und Kameraden
Herausgeber und Redaktion des „Freiheitskämpfers“

P.b.b. Verlagspostamt 1980
Wien, Erscheinungsort Wien.

Preis: S 10,-